

Deutschland.

Berlin, 27. April. Die Meldung verschiedener Blätter, daß ein Verbot der Wiener „Presse“, der „Fr. Post-Z.“ und der „Augsb. A. Z.“ preussischerseits bevorstehe, ist nicht korrekt. Die Nachricht betrifft die „Presse“ dürfte allerdings durch eine baldige amtliche Bekanntmachung ihre thatsächliche Bestätigung finden; allein in Betreff der beiden andern genannten Zeitungen scheint ein Verbot noch keineswegs gefaßt zu sein und dürfte jene Angabe wohl nur aus den neuerdings wieder vorgekommenen gerichtlichen Urtheilen der „F. P. Z.“ und der „A. A. Z.“ entstanden sein. Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir wohl die Bemerkung, daß, wenn man die bittere und gebissene Kritik betrachtet, welche in unserem Inlande sowohl seitens der Oppositions- als der Fortschrittlich geleiteten Vereine fortwährend gegen die Personen der Minister und besonders gegen den Grafen Bismarck ausgeübt wird, und dann noch die Phrasen über derzeitige schwere Bedrückung der freien Meinungsäußerung in Preußen lesen muß, man sich unermüdet eines gerechten Staunens erwehren kann über die Dreistigkeit, mit welcher man eine solche Behauptung vorzubringen wagt. Die „Kölnische“ und eine Menge anderer Zeitungen enthalten täglich nicht ein-, sondern zehnmal Äußerungen, welche zu verurtheilen kein preussisches Gericht Anstand nehmen könnte, und die theils eine preussische Regierung gewährt der Press- und Redefreiheit, theils eine ausgedehntere Grenzen, als sie gegenüber den bestehenden Gesetzen irgend nöthig hätte. Aber es ist sehr schwer, dem Schlimmen etwas Gutes zu thun. — Wie amtlich gemeldet ist, hat Sr. Majestät am Montag ein Handschreiben des Kaisers von Rußland durch den kaiserlichen Flügel-Adjutanten v. Wismar empfangen. Eine politische Bedeutung hat dieses Schreiben keinesfalls, sondern dürfte sich vorzugsweise auf den durch das neuliche Attentat hervorgerufenen Austausch persönlicher Freundschaftsbeziehungen zwischen den beiden Monarchen beziehen. Bei dieser Gelegenheit darf ich die bestimmteste Versicherung geben, daß die russische Regierung, abgesehen von den lediglich persönlichen Wünschen für Erhaltung des Friedens, welche Kaiser Alexander in ganz allgemeiner und in direktester Weise wiederholt zu erkennen gegeben, sich jeder Einmischung in die Streitfragen, welche gegenwärtig Deutschland beschäftigen, auf das Entschiedenste enthalten hat. — In Betreff des Zeitungsgerüchtes, daß der einstmalige Minister Robertus jetzt hier in das auswärtige Ministerium treten werde, ist wohl die Bemerkung genügend, daß dasselbe von der „A. A. Z.“ ausgegangen ist. — Das Kultusministerium hat durch Verfügung vom 4. d. Mts. ein Reglement für die Prüfung von Turnlehrern erlassen. Die Prüfung wird in Berlin von einer durch das Ministerium zu konstituierenden Kommission unter dem Vorsitz des Civil-Direktors der Königl. Central-Turnanstalt abgehalten werden und sowohl eine schriftliche als eine praktische sein. Letztere wird sich sowohl auf die eigenen Leistungen des zu Prüfenden im Turnen, als auf sein Lehrgeschäft beziehen. Die erste Prüfung wird im März 1867 stattfinden. — Die Verwaltung der Kaiserl. russischen Gesandtschaft wird im September d. J. eine allgemeine Ausstellung russischer Pferde in Moskau veranstalten. Preussischerseits gedenken das landwirtschaftliche und das Kriegsministerium seiner Zeit Kommissarien dorthin zu senden.

Berlin, 26. April. Se. Maj. der König fuhr heute Mittag zu einem Besuch der Kronprinzlichen Familie nach Potsdam und kehrte um 4 Uhr in Begleitung Sr. K. H. des Kronprinzen hierher zurück.

— Se. Maj. der König begab sich heute Nachmittag in das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und nahm den Vortrag des Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck entgegen.

— Die „B. H.“ bringt, wie es scheint, offiziös, folgende Notiz: Es scheint bereits festzustehen, daß Se. Maj. der König für seine diesjährige Frühjahrskur sich nicht in ein Bad zu begeben, sondern sich darauf zu beschränken gedenkt, den von den Ärzten vorzuschreibenden Brunnen auf Schloß Babelsberg zu gebrauchen. Nur eine vollständige Klärung der Situation, wie sie in der kurzen Zeit bis zum Beginne der Bade-Saison schwerlich zu erwarten steht, dürfte im Stande sein, eine Abänderung dieses Entschlusses herbeizuführen.

— In dem Befinden des Herrn Minister-Präsidenten hat die Besserung in erfreulicher Weise zugenommen. Gestern machte Graf Bismarck bereits eine Spazierfahrt.

— Die Nachrichten aus Italien sind nicht klar; ein Einfall italienischer Freischaren in das Venetianische scheint jedenfalls nicht stattgefunden zu haben. So viel steht aber fest, daß Oesterreich sehr bedeutende Rüstungen macht; doch deuten einzelne Stimmen an, daß dieselben weniger gegen Italien gerichtet wären, sondern sich auf Oesterreichs Stellung in Deutschland bezögen.

— Das „Schleswigsche Verordnungsblatt“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Gouverneurs v. Mantau vom 24. April, wonach im Einverständnis mit der Statthalterchaft in Holstein das Verbot der Einfuhr von Rindvieh, Schafen und Schweinen u. s. w. auf Rußland und Belgien ausgedehnt wird.

— Am 23. d. M. ist beim Königl. Ober-Tribunal die Nichtigkeitsbeschwerde in dem vorgenannten Gräfl. Döbnhoff'schen Ehe- und Prozeß zum Austrag gelangt. Die Entscheidung ist, gleich den beiden ersten Instanzen zu Gunsten der verklagten Damen ausgefallen.

— Das Gerücht, daß der Feldmarschall v. Wrangel gestern gestorben sei, bestätigt sich nicht.

— Die auf gestern Abend nach dem Colosseum berufene und überaus zahlreich besuchte Versammlung von Wahlmännern und Urwählern des zweiten Berliner Wahlbezirks wurde nach kurzer Zeitdauer polizeilich aufgelöst. Der Vorsitzende Abg. Dr. Rangenhaus leitete die Verhandlung ein, indem er namentlich geltend machte, daß man und zwar abweichend von den Beschlüssen der andern drei Wahlbezirke die Ansprüche Preußens an Schleswig-Holstein nicht zu sehr betonen dürfe. Als derselbe dann die seit her gemachten, aber noch unerfüllt gebliebenen Verheißungen berührte, erklärte der eine der beiden die Versammlung überwachenden Polizeibeamten dieselbe für aufgelöst, worauf die Entfernung der Anwesenden erfolgte.

— In Danzig haben die Stadtverordneten den Antrag: das Einzugsgeld vom 1. Juli d. J. ab aufzuheben und den Magistrat um Zustimmung zu diesem Beschlusse zu ersuchen, mit 23 gegen 21 Stimmen angenommen, dagegen den Antrag auf Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

— Aus Leipzig erhält die „Nordd. Allg. Ztg.“ ein Schreiben vom 24. April, wonach der Ankauf und die Vertheilung von Pferden an die Kavallerie die Aufmerksamkeit weiterer Kreise erregt. Die Artillerie sei bereits feldmäßig ausgerüstet. Pferdehändler versicherten, daß gegen 3000 Pferde für die sächsische Regierung geliefert werden müßten. In einem anscheinend allerdings nicht offiziellen Artikel, der sich auf diese und ähnliche Nachrichten stützt, zieht die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Schluß: „Daß Oesterreich entweder ernstlich in Uebereinstimmung mit dem Inhalt seiner Depesche vom 18. d. M. Preußen und Italien gegenüber zum vollen friedlichen status quo ante zurückkehren oder gewärtigen müsse, daß die preussischen Rüstungen sich nach Maßgabe des Fortschritts der österreichischen Rüstungen verstärken.“

— Die Königin wird, wie man hört, auf Wunsch der Kronprinzlichen Herrschaften erst nach der Tauffeierlichkeit im Neuen Palais von hier nach Koblenz abreisen.

— Der Minister-Präsident hat die Bukarester Deputation empfangen.

— Die Verabreichung des neuen Baugesetzes, welche nach dem Hauseinsturze in der Wasserthorstraße begonnen wurde, ruht jetzt einstweilen bis nach Eingang von Berichten der rheinischen Behörden über die Wirkung, welche die dortige Gesetzgebung auf die Sicherheit der Bauten und die Kreditverhältnisse der Hauseigenen u. s. w. gehabt hat. Nach der rheinischen Gesetzgebung ist nämlich die civilrechtliche Verantwortlichkeit der Eigentümer und Bauunternehmer strenger als nach preussischem Recht, und man will erst die dort gemachten Erfahrungen kennen lernen, bevor man hier in gleicher Richtung vorgeht.

Den „A. A.“ wird aus **Nendeburg** geschrieben: Wie wir in Erfahrung bringen, ist das Dementi der „Berl. Tid.“, betreffend den Wiederankauf hier verauktionirter dänischer Kanonen nicht in der Wahrheit begründet, da dieselben wirklich für dänische Rechnung erstanden und auch bereits auf dem Transport nach Dänemark sind.

Wiesbaden, 23. April. Das Offiziercorps hat heute wegen der Siebert'schen Angelegenheit seinen Austritt aus dem Kasino erklärt.

Stuttgart, 25. April. Seit einigen Tagen befindet sich der greise Fürst Pückler-Muskau hier, um sich, wie man hört, bei der Versteigerung der orientalischen Pferde aus den Königl. Gestüthen frisch zu equipiren. Gestern empfing ihn der König.

Wien, 24. April. Von oben herab bemüht man sich zwar in aller Weise, die Gemüther zu beruhigen, die Gerüchte und Befürchtungen zu zerstreuen und durch Hinweisung auf die „Herstellung des Friedens mit Preußen“ das Vertrauen zu beleben; aber Niemand will sich fangen lassen, und die Nachrichten über die gestrigen Vorgänge in der Hofburg und im Ministerrath, bez. im auswärtigen Amte, treten mit einer Bestimmtheit auf, welche in andern Hauptstädten, wo die „hohe Finanz“ und die Börse nicht so wie hier ihr Ohr in alle Rathschläge zu stecken und auszusprechen vermag, unmöglich wäre. Danach hat Fürst Metternich, unser Botschafter in Paris, am 22. Abends hierher telegraphirt, Louis Napoleon habe ihm erklärt, er könne Italien nicht mehr zurückhalten; das Florentiner Cabinet habe nur noch zwischen einer furchtbaren und dem Königthum den Untergang drohenden Revolution und zwischen dem Kriege (richtiger wohl der Gewinnung Venetiens) zu wählen. Darauf wurden unter oberster Leitung des Kaisers gestern große militärische Vorbereitungen angeordnet und die Kriegsbereitschaft Venetiens beschlossen, auch die künftige Stellung des Erzherzogs Albrecht und des Baron Benedel fixirt (eine Verwendung Beider bei einem Feldzuge und auf einem Kriegstheater ist nach früheren Ereignissen und den Beziehungen beider Generale zu einander unmöglich). Als gewissenhafter Berichterstatter füge ich indeß, freilich ganz im Gegensatz zu der hier allgemein verbreiteten Anschauung hinzu, daß ein gewisser hoher Militär die italienischen Kriegsrüstungen bis jetzt nicht für allzu ernsthaft erklärt und darauf hingewiesen hat, man müsse und werde erst den Ausgang von außerordentlichen diplomatischen Verhandlungen abwarten, ehe man den Krieg mit Italien als unumgänglich bezeichnen könnte. Er spielte dabei wohl auf den allerdings bestehenden und von Grammont empfohlenen Plan einer allmählichen Abtretung Venetiens an, einer Abtretung, welche mit einer freieren Konstitution der Stadt und des Landes beginnen und durch die Erklärung Benedigs zu einer freien Stadt weiter fortgeführt werden würde. Es ist die Geschichte vom Hunde, dem man den Schwanz stückweise abhackt, um ihn mehr zu schonen.

Aus **Wien** vom 25. April wird der „Börs. Ztg.“ geschrieben: Unsere Diplomatie ist jetzt in außerordentlicher Thätigkeit. Man sieht dies am besten aus dem fast täglichen Eintreffen und Abgehen von Courieren, welche Aktenstücke bringen und mitnehmen. Die meiste Aufmerksamkeit hat die Ankunft eines Couriers aus Kopenhagen erregt, welcher der hiesigen dänischen Gesandtschaft Depeschen überbracht haben soll. Diese müssen wichtig sein, da er

ohne Aufenthalt auf dem direktesten Wege hierher geeilt ist. Bald nach seiner Ankunft fuhr der dänische Gesandte bei dem Grafen Mensdorf vor. Man rath hin und her, was von Kopenhagen aus übermittelt worden ist, und glaubt, daß man sich dort über das Aufgeben der Position Oesterreichs gegen Preußen sehr enttäuscht gefühlt hat, denn es soll erwiesene Thatsache sein, daß man dort an den drohenden Ausbruch eines Konfliktes zwischen Oesterreich und Preußen nicht geringe Hoffnungen auf Wiedererlangung wenigstens eines Theiles der Herzogthümer knüpfte. Man hat dort geglaubt, daß Oesterreich bei einem völligen Zerwürfniß mit Preußen seinen ihm zustehenden Antheil an den Herzogthümern wieder an Dänemark zurückgegeben haben würde. Schon öfter sind von dort hier Winke gemacht worden, daß es im Interesse des dänisch redenden Theils in Schleswig sei, wieder mit Dänemark verbunden zu werden. Die Aussicht auf diesen Wunsch ist dem Kopenhagener Cabinet nie ganz genommen worden, und darf man sich daher gewiß nicht wundern, wenn es durch die neueste Situation diese schon so nahe schimmernde Hoffnung zu verlieren fürchtet. Es ist wohl kaum zu erwähnen, daß augenblicklich wenigstens die dänischen Ausichten sehr getrübt worden sind.

Die offiziöse „Debatte“ schreibt: „Es wird seit Kurzem mehrfach einer Depesche Erwähnung gethan, in welcher das Berliner Cabinet Genugthuung für die an einem preussischen Offizier (dem Grafen Waldersee) verübte „Gewaltthat“ verlangt habe. Ob man die Angelegenheit hier überhaupt noch weiter zur Sprache zu bringen gedenkt, muß dahin gestellt bleiben: der dreifach politisch erhobene Thatsachendruck dürfte kaum dazu auffordern. Gewiß aber scheint es, nach uns zugehenden Mittheilungen, daß bisher eine Depesche der gedachten Art hier nicht eingegangen ist.“

Eine Wiener Correspondenz der „Bank- und Handels-Zeitung“ giebt den Inhalt einer angeblichen Circulardepesche des Grafen Mensdorf an die Gesandten bei den Großmächten an, in welcher die Nothwendigkeit militärischer Schutzmaßregeln gegen Italien dargethan und gegen die Unterstellung, als seien dieselben gegen Preußen gerichtet, Verwahrung eingelegt wird.

Ausland.

Paris, 24. April. Die Nachricht von der Auszeichnung, welche Se. Maj. der König Wilhelm dem Arzte des Grafen von Bismarck zu Theil werden ließ, hat die hiesigen österreichischen Agenten und Neuigkeitsskolportiere ganz verblüfft, und die österreichisch gesinnten Blätter meinen klüglich, es müsse doch wohl nicht wahr sein, daß der „Minister-Präsident in Ungnade gefallen“. Zu dieser Abgespanntheit hatte sich eine bekannte Koterie hier wirklich verstimmt.

Aus **Paris, 26. April**, schreibt man der „Börs. Ztg.“: Das „Pays“ hat aus dem Cabinet Drouin de Lhuys einen Situations-Artikel erhalten, welcher bestimmt ist, Aufsehen zu erregen. Wie man hört, ist ein Theil des Inhalts in dem Kabinet-Rath am Sonnabend vorgelesen worden. Es heißt in dem vom Sekretär der Redaktion gezeichneten Aufsatze: Preußen werde zwar entwaffnen, damit sei aber die Lösung des Konflikts nicht vorgerückt, vielmehr werde die Berliner Regierung dann sofort all ihre Aufmerksamkeit der inneren Reorganisation Deutschlands zuwenden. Der Bundesstag werde freilich seine Abdankungsurkunde nicht unterzeichnen wollen, auch Oesterreich auf Mittheilung des Reformplanes dringen, allein Graf Bismarck werde klug genug auf seinem Schweißen zu beharren wissen und nur vor dem versammelten deutschen Parlamente Rede stehen. Gehen hierauf die anderen Bundesglieder nicht ein, so werde Preußen seinen Austritt aus dem Bunde anzeigen, und gewiß keinen Augenblick anstehen, sei es als Großmacht, sei es als Vertreter Norddeutschlands, mit Gewalt oder durch Abstimmung die Herzogthümer sich anzueignen. „Das wäre das Ende der dritten Phase des österreichisch-preussischen Konflikts, das wäre der Ausgang des gegenwärtigen Streites zwischen den Höfen von Wien und Berlin. Aber das ist auch eine entfernte Eventualität des Krieges, denn Oesterreich würde diese Entwicklung nicht ohne Kampf annehmen, weil sie seine Erniedrigung zugleich als deutsche wie als europäische Großmacht sein würde. In letzter Instanz würde die Gewalt den Zwiespalt zu lösen haben. Wem wird sie den Sieg geben? Das ist die wahre Frage.“ Gleichzeitig werden Gerüchte aus Italien verbreitet, welche darthun, daß von dort aus ein mächtiger Anstoß gegeben werden könnte. Garibaldi soll von Caprera verschwunden sein, Freiwillige angeworben werden, die ganze Nacht Kriegsrath stattgefunden haben. Auf Thatsachen scheinen diese Angaben nicht zu beruhen; sie sind vielleicht hervorgerufen worden durch die Wiener Nachricht, daß Erzherzog Albrecht nach Venetien abgereist sei.

London, 24. April. Bis jetzt ist es noch unbestimmt, ob die Prinzessin nach der Vermählung mit dem Prinzen Christian von Augustenburg sich nach Osborne oder nach dem Kontinente begibt. 3. Maj. die Königin wird nicht, wie man annahm, diesen Sommer nach Deutschland begeben.

— Baron Rönne Rothschild soll, wie die „Lit. Kor.“ meldet, in den Pairstand erhoben werden. — Dem Lordmayor Phillips (auch Israelit) gedankt die City ein Ehrengeheim zu votiren.

— Der Alarm-Artikel der „Times“ war eine Mystifikation. Am Freitag, spät in der Nacht, war ihr ein, angeblich von Lord Clarendon's Privatsekretär, Herrn Lister, geschriebener und gezeichneter Brief übergeben worden, in welchem der genannte Sekretär im Auftrage Lord Clarendons der Redaktion mit Bedauern alles Das mittheilt, was sich im Schönbrunner Ministerrath Tags zuvor begeben. Das Papier, auf dem der Brief geschrieben, trug, eben so wie das Kuvert, das Wappen des auswärtigen Amtes und außerdem befand sich, wie das bei ähnlichen Mittheilungen eines Ministeriums an die Presse hier Brauch ist, auf dem Kuvert an der linken Ecke die eigenhändige Unterschrift Lord Clarendons. Die

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.